

Wenn die Gemeinde der Shitstorm trifft

Am Gemeindeforum in Frick ging es darum, wie Verwaltungen Social Media nutzen können und welche Chancen und Risiken daraus entstehen.

Dennis Kalt

Für die Verwaltungen der Gemeinden ist der digitale Wandel Herausforderung, aber auch gleichzeitig ein Lösungsansatz. Mit diesem Satz eröffnete Matthias Meyer, Partner bei der Qualinet Consulting AG in Hünenberg, seinen Vortrag gestern Nachmittag am Gemeindeforum in Frick. Zweifelsohne würden die Mitarbeiter im Umgang mit neuer IT-Infrastruktur oder Software gleich doppelt – inhaltlich und organisatorisch – gefordert. Für den Aderlass an Kaderpersonal aus der Babyboomer-Generation in den nächsten fünf Jahren sei jedoch die «smarte Verwaltung» eine Lösung, damit die gleiche Arbeit mit weniger Personal bewerkstelligt werden könne.

Twitter, Facebook, Youtube und Co

Auch die sozialen Medien sind ein kleiner Mosaikstein im Bild des digitalen Wandels. In ihrem Vortrag über Twitter, Facebook und Co. referierte Loredana Goldenberger, derzeit Gemeindeforumschreiberin ad interim in Wölflinswil, welche Chancen und Risiken für die Gemeinden beim Bespielen der virtuellen



Soziale Medien sind für die Gemeinden Chance und Risiko zugleich.

Symbolbild: Carmen Epp

Plattformen entstehen. Etwa könne man Informationen schneller und zielgruppengerechter adressieren. Hier nennt sie etwa die Gemeinde Schinznach-Bad, die Informationen via Whatsapp direkt auf das Smartphone ihrer Einwohner sendet – sofern sie sich für diesen Dienst angemeldet haben. Zudem er-

reichen die Gemeindeverwaltungen etwa über Youtube, Instagram oder Facebook auch die jüngere Generation und können die Kommunikation mit niedriger «Amtlichkeitsschwelle» führen.

Sofern eine Gemeinde auf Facebook vertreten sei, böte sich für deren Einwohner über die

Dialogfunktion die Möglichkeit, niederschwellig mit der Verwaltung in Kontakt zu treten.

Dass es jedoch auch Risiken gibt, wenn die Gemeindeverwaltung in die digitale Welt einsteigt, verhehlt Goldenberger nicht. Solch ein Risiko liegt etwa in einem Shitstorm – das lawinenartige Auftreten von negati-

ven Äusserungen, die sich gegen die Gemeinde im Netz richten. «Da muss man schnell reagieren und kann nicht erst eine Gemeinderatsitzung in drei Tagen einberufen», sagt Goldenberger. Denn keine Reaktion führe oftmals zu einer unkontrollierten Eigendynamik. Auch das Löschen kritischer Beiträge sei eine ungünstige Strategie.

Vorteilhaft sei es, kritische Themen zu antizipieren und sich bereits vorher einen Notfallplan zurechtzulegen. Solche kritischen Themen seien etwa Einbürgerungen und Umweltthemen. «Auf Erzürrte sollte man zugehen und der Kritik Argumente entgegenzusetzen», so Goldenberger. Wichtig sei es, einen sachlichen Umgang mit der Angelegenheit einzufordern. «Dazu gehört es auch, Fehler offen zuzugeben», so Goldenberger.

Negative Äusserungen in «Kaiseraugst lebt»

Françoise Moser, Gemeindepräsidentin von Kaiseraugst, wollte wissen, wie die Gemeinde reagieren soll, wenn es in der Facebook-Gruppe «Kaiseraugst lebt» zu negativen Äusserungen gegenüber der Gemeinde kommt. Bei wenigen kritischen Äusserungen, so Goldenberger,

sollte man zuerst beobachten, dann jedoch, wenn sich die Stimmen häufen, könne man als Gemeinde auch eine Stellungnahme direkt als Kommentar in die Facebook-Gruppe schreiben – sofern es sich um Themen von öffentlichem Belang handelt.

Um eine direkte Kommunikation mit der Bevölkerung zu pflegen, wird die Gemeinde Stein ab März Facebook und Instagram bewirtschaften, so Gemeindeforumschreiber Sascha Roth. Für das Social-Media-Team suche man noch eine Person jüngeren Alters mit dem Blickwinkel eines «Digital Natives».

Frick und die elektronische Geschäftsverwaltung

Der Fricker Gemeindeforumschreiber Michael Widmer referierte über seine Erfahrungen mit der elektronischen Geschäftsverwaltung. Ein grosser Vorteil sei, dass einzelne Dokumente zeit- und ortsunabhängig abgerufen werden können. Zudem spare man auf Dauer Platz, weil die Papier-Archivierung entfielen. Probleme bereite unter anderem das Einscannen von Bauplänen mit grossem Format. Jedoch bilanzierte Widmer, dass die elektronische Geschäftsverwaltung nicht mehr wegzudenken sei.

Vier Pfarreien arbeiten künftig enger zusammen

Ökumenische Gemeinschaft unter dem Motto «Zäme glabe – zäme wachse».

Region Vier gut miteinander verbundene Gotteshäuser auf dem neuen Pfarreilogo symbolisieren eine über Jahre gewachsene, lebendige ökumenische Gemeinschaft der vier katholischen und reformierten Pfarreien in Frick, Gipf-Oberfrick und Oeschgen.

Doch wie könnte man in Zukunft noch enger zusammenarbeiten? Bei einem Treffen von Vertretern der vier Kirchengemeinden im November vergangenen Jahres fand man dafür das verbindende Motto für die nächsten zwei bis drei Jahre: «Zäme glabe – zäme wachse». Gedacht als Anregung und Leitfaden für die unterschiedlichen Pfarreigruppierungen bei der Gestaltung ihrer Aktivitäten sowie dem Ausbau gemeinsamer Projekte. Denn das Interesse am Thema Gemeinschaft und Zusammenwachsen war und ist gross. Mit einem einheitlichen Logo ist es darüber hinaus ein öffentliches Signal. Menschen sollen angesprochen und erreicht werden, am bunten Alltag der kirchlichen Gemeinden mitzumachen. Ideen sind jederzeit willkommen.

Das verbindende Motto und das neue Logo werden im Rahmen des ökumenischen Gottesdienstes am 18. und 19. Januar zu Beginn der Gebetswoche für die Einheit der Christen vom 18. bis 25. Januar vorgestellt. Die Gebetswoche hat eine lange Tradi-



Vertreter der Pfarreien Frick, Gipf-Oberfrick und Oeschgen haben sich für ein gemeinsames Logo starkgemacht. Bild: zvg

tion. Sie geht zurück in das Jahr 1910, seit 1966 wird sie vom Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen sowie der Kommission Glaube und Kirchenverfassung vom Ökumenischen Rat der Kirchen vorbereitet. Die Texte dafür werden jedes Jahr aus einer anderen Region der Welt verfasst. 2020 kommen sie von Malta. Die Texte beziehen sich auf die Apostelgeschichte. Im Jahr 60 nach Christus erlitt Apostel Paulus vor Malta im Mittelmeer Schiffbruch, doch alle 276 Personen an Bord konnten gerettet werden und wurden von den Einheimischen herzlich willkommen geheissen. Seitdem ist der christliche Glaube dort ein wesentlicher Bestandteil der Kultur, Ökumene wird seit langem

gelebt, die Einheit der Christen und die gegenseitige Wertschätzung werden gefördert.

So bekommt dieses Thema in der heutigen Zeit noch einmal eine besondere Bedeutung angesichts der Menschen, die vor Krieg und Vertreibung oftmals in seeuntauglichen Booten über das Mittelmeer flüchten, auf Hilfe und Gastfreundschaft in einer christlichen Gemeinschaft hoffend, auf Respekt auch vor ihrer anderen Kultur und einem anderen Glauben. Die ökumenischen Gottesdienste zu dieser Gebetswoche finden am 18. Januar um 18.45 Uhr in Oeschgen statt und am Sonntag 19. Januar um 9.30 Uhr in Gipf-Oberfrick und um 10.45 Uhr in der reformierten Kirche in Frick statt. (az)

Bühlers Blick

300 Franken Busse für Littering

Wie die Jahresrückblicke, die guten Vorsätze und die Neujahrsansprache des Bundespräsidenten gehört zu jedem Jahresanfang auch das Inkrafttreten von neuen Gesetzen und staatlichen Regulierungen. Im Kanton Aargau wurden per 1. Januar neben Anpassungen bei den Pflege- und Steuergesetzen, der Errichtung eines Krebsregisters auch Bussen für Littering eingeführt.

Littering – Abfälle im öffentlichen Raum achtlos wegwerfen oder liegenlassen – ist ein grosses Ärgernis. Entsprechend aufmerksam habe ich die Diskussionen im Kantonsparlament zu diesem Thema verfolgt. Im Juni 2016 hatten verschiedene Grossräte in einer Motion die Schaffung einer kantonalen Regelung für die Ahndung von Littering verlangt. Der Auftrag wurde vom Grossen Rat gegen den Willen der Regierung überwiesen. Ein neues Gesetz wurde erarbeitet und am 14. Mai 2019 mit 95 zu 24 Stimmen beschlossen. Wer Littering betreibt und dabei erwischt wird, bekommt ab diesem Jahr eine Busse von 300 Franken. Im Grunde genommen hätten sich der Grosse Rat, die Regierung und die Verwaltung diese Arbeit ersparen können. Das Littering-Verbot ist nämlich bereits in den kommunalen Polizeireglementen verankert. Verfehlungen können auch ohne neues kantonales Gesetz

aufgrund dieser Reglemente mit einer Busse geahndet werden. Und warum ist das bis jetzt kaum je passiert? Das Problem beim Littering: Gebüsst werden kann nur, wer in flagranti erwischt wird.

Aus diesen Überlegungen hat der Regierungsrat im 2016 die eingangs erwähnte Motion zur Ablehnung empfohlen. Das Parlament wollte jedoch ein Zeichen setzen. So haben wir wieder ein neues Gesetz, das es aus meiner Sicht nicht gebraucht hätte. Frei nach Montesquieu, dem französischen Schriftsteller und Philosophen: «Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, so ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.»

Mit gesetzlichen Verboten und Bussenandrohungen können wir das Problem des Litterings nicht lösen, sonst hätten wir es gestützt auf die kommunalen Polizeireglemente längst getan. Müssen wir Littering also einfach hinnehmen? Diese Zeiterscheinung der wohlstandsverwahrlosten Gesellschaft akzeptieren? Nein, das müssen und wollen wir nicht. Weil Verbote nicht ausreichen, um das Übel zu beheben, braucht es ein Bündel von Massnahmen. Wie so vieles beginnt es schon bei der Erziehung der Kinder. Verhalten wir Erwachsene uns jedoch vorbildlich genug? Selbstverständlich braucht es genügend

Abfalleimer im öffentlichen Raum. Aber verfügen die Werkhofleute auch über die notwendigen Kapazitäten die Gemeinde sauber zu halten? An manchen Orten werden mit den Schulen und der Bevölkerung Aktionstage durchgeführt, an denen fleissig Abfall eingesammelt wird. Ist die Beteiligung wirklich gross genug, um die angestrebte Sensibilisierung der Einwohnerschaft zu erreichen? Können solche Anlässe noch besser vermarktet werden? Die Regionalpolizei muss Präsenz markieren und durchgreifen, wo es notwendig ist. Gemeinden können ergänzend dazu private Sicherheitsdienste für zusätzliche Kontrollen einsetzen. Haben wir auch als Privatpersonen genügend Zivilcourage, um Sünder direkt anzusprechen? Mit andern Worten: Wir müssen uns auf allen Ebenen für saubere Dörfer einsetzen. Jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten. Gesetzesparagrafen hin oder her.



Hansueli Bühler, Stein
Hansueli Bühler war 24 Jahre lang Ammann von Stein. Er sass für die FDP 7 Jahre im Grossrat und präsidierte den Planungsverband Fricktal Regio von 2005 bis 2016.